

**Stephan Thomae**

- (A) gegangen –, wird uns vorwerfen wollen, wir wollten Steuerstraftäter schützen. Der Unterschied ist nicht etwa, dass Sie Straftäter bestrafen wollen und wir nicht. Der Unterschied ist, dass wir es mit rechtsstaatlichen Grundsätzen etwas genauer nehmen als manch anderer, der schnell aus der Hüfte schießt und gleich die Kavallerie schicken will.

(Beifall bei der FDP – Nicolette Kressl [SPD]: Herr Koschyk! – Christian Lange [Backnang] [SPD]: Ich sage nur: Mövenpick!)

Die Rechtslage bleibt schwierig. Deswegen sollten wir unser Augenmerk auf zwei Dinge richten. Das eine ist, dass wir deutlich machen sollten, dass wir es als Staat nicht als freundschaftliche Geste empfinden können, wenn Nachbarländer durch eine Unterscheidung zwischen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug denen, die unserem Staat Geld schuldig bleiben, Schutz und Deckung bieten.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Hier ist der Bundesfinanzminister gefordert. Jetzt geht es darum, die im März weiterlaufende Runde zur Aushandlung eines Doppelbesteuerungsabkommens mit der Schweiz zügig fortzusetzen und einen vernünftigen Datenaustausch mit hineinzuverhandeln, damit wir in Zukunft nicht mehr darauf angewiesen sind, auf dubiosen Wegen zu unseren Steuern zu kommen. Das sind Dinge, die in der Vergangenheit hätten längst geschehen können. Aber Sie haben das versäumt. Das werfen Sie uns nun vor.

- (B)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das Zweite ist, dass wir eine höhere Akzeptanz für unser Steuersystem brauchen. Es geht nicht nur um Steuerflucht ins Ausland, sondern auch um Steuerhinterziehung zum Beispiel durch Schwarzarbeit. Das wird es auch immer geben. Aber wir müssen die Anreizschwelle für Steuerstraftatbestände senken. Hier haben wir großes Vertrauen in Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von unserem Koalitionspartner, und in das Bundesfinanzministerium. Wir wissen sehr wohl um die Bedenken, Einwände und Vorbehalte. Aber wir vertrauen sehr darauf, dass das gemeinsam Beschlossene weiterhin das gemeinsam von uns allen Gewollte ist. Es bedarf sicherlich großer Kraftanstrengungen. Aber wir wollen diese ehrgeizige Aufgabe schultern, und zwar mit Ihnen gemeinsam.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, machen wir das auch!)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Herr Kollege Thomae, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag. Ich gratuliere Ihnen sehr herzlich dazu und wünsche Ihnen für die weitere Arbeit alles Gute.

(Beifall – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur deswegen haben wir ihn nicht zerrissen!) (C)

Nun hat die Kollegin Nicolette Kressl das Wort für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Nicolette Kressl (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mit einer hoffentlich – davon gehe ich aus – gemeinsamen Überzeugung beginnen: Steuerhinterziehung ist keine lässliche Sünde. Steuerhinterziehung ist eine Straftat und muss entsprechend hart und deutlich verfolgt werden.

(Beifall bei der SPD – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Das ist nichts Neues!)

– Herr Michelbach sagt, das sei nichts Neues. – Ja, das kann hier sicherlich jeder unterschreiben. Aber es nutzt den Bürgerinnen und Bürgern nichts, wenn das nur in Worten formuliert wird. Es müssen immer konkrete Taten folgen. Daran werden wir alle gemessen, übrigens in ganz Deutschland; das ist doch der entscheidende Punkt. In jedem Bundesland müssen den Worten auch entsprechende Taten folgen.

(Beifall bei der SPD – Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Das ist richtig!)

Denn wer als Bundesland sagt, man wolle die Verantwortung für den Steuervollzug übernehmen, muss diese Verantwortung dann auch wahrnehmen. Genau dies erleben wir zum Beispiel in Baden-Württemberg gerade nicht. (D)

Ich will Ihnen deutlich machen, warum es so wichtig ist, dass der Steuervollzug überall gleich ist. Der Bund hat nicht nur formal die Verpflichtung, überall für einen gleichmäßigen Steuervollzug zu sorgen. Es geht auch darum, dass die Menschen den Eindruck haben müssen: Überall in Deutschland wird mit der gleichen Vehemenz dafür gesorgt, dass hinterzogene Steuern eingetrieben werden. Wenn dies nicht der Fall ist, dann müssen die Steuerehrlichen wegen der Steuerunehrlichen höhere Lasten tragen.

Was ist in den letzten Tagen passiert? Es gab ein kleines Wechselspiel – oder sollen wir es „Wechselkampf“ oder „Ringkampf“ nennen? – zwischen Baden-Württemberg und dem Bund.

(Joachim Poß [SPD]: Eine Schlammschlacht!)

Es hilft ein Blick in die Zeitungen; der Kollege Lange hat gerade etwas vorgelesen. Zuerst hat Baden-Württemberg gesagt: Wir bieten es dem Bund an, weil wir nicht kaufen. – Dann hat Baden-Württemberg – noch gestern – gesagt: Es gibt für uns überhaupt keinen Grund, dem Bund die Daten zu übermitteln. – Nun hören wir heute, dass der Bund die Daten prüft. Also müssen die Daten doch übermittelt worden sein. Jetzt soll einer noch sagen, hier handele es sich um eine ernst zu nehmende, klare Linie. Das ist genau das Hickhack, das schon mehrfach beschrieben wurde. Daran gibt es nichts zu deuteln.

Nicolette Kressl

- (A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der entscheidende Punkt ist: Bei diesem Hickhack geht unter, dass es eine gemeinsame Verantwortung geben muss. Ich erlebe als Baden-Württemberg, dass die FDP in Baden-Württemberg plötzlich einen großen Schutzschirm über die Steuerhinterzieher ausklappt.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So plötzlich kommt das nicht!)

– So ist es. – Wenn ich höre und lese, was Frau Homburger dazu sagt, dann muss ich fest davon ausgehen, dass dieser Schutzschirm noch erweitert wird. Offensichtlich gibt es auch immer noch keine Klarheit in der Bundesregierung, was die rechtliche Bewertung angeht. Das alles sind Punkte, die die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verunsichern und ihnen nicht das Gefühl geben, dass hier eine klare Kante entwickelt wird.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben also gehört: Offensichtlich hat Baden-Württemberg Daten übermittelt, offensichtlich wird jetzt gekauft, wenn die Daten stichhaltig sind. Ich sage dazu: Es ist völlig abstrus, zu glauben, die stichprobenhafte Überprüfung der Daten könnte ein Jahr dauern und das sei keine politische Verzögerung, sondern der Komplexität geschuldet.

(Beifall bei der SPD)

Das ist vorne und hinten nicht realistisch.

- (B) Es ist, wie gesagt, die Verpflichtung des Bundes, für einen einheitlichen Steuervollzug zu sorgen. Offenbar wurde es dem BMF zu bunt mit Baden-Württemberg. Ich habe eine Vermutung bezüglich der Daten, die nun plötzlich übermittelt worden sind. Man weiß es nicht, aber sollte es eine Einzelweisung geben, da Herr Mappus jetzt plötzlich doch Daten schickt? Ich persönlich habe damit kein Problem. Ich halte das für eine Verpflichtung. Aber dieses Spiel kann man den Menschen doch nicht zumuten.

(Dr. h. c. Hans Michelbach [CDU/CSU]: Welchen Menschen?)

Deshalb sagen wir – Herr Wissing, Ihre Rede war eine einzige Ablenkung –: Selbstverständlich muss es einen einheitlichen Rahmen der Kriterien für derartige Abläufe geben. Es geht doch nicht darum, dass alles über einen Kamm geschoren wird.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Aber wenn in Zukunft ein solch unwürdiges Hickhack vermieden werden soll, dann ist völlig klar, dass der Bund die Initiative ergreifen und deutlich machen muss, dass es gleiche Regeln für die Prüfung gibt. Diese können eine Einzelfallprüfung beinhalten, aber ich will nicht dieses Theater mit dem ständigen Hin und Her.

(Dr. Volker Wissing [FDP]: Das ist doch kein Theater! Sie führen ein Theater auf!)

Ich will, dass sich alle Länder an bestimmte Regeln halten. Dann braucht Herr Mappus auch keine Kehrtwen-

dungen zu machen, sondern kann sich an Regeln und Kriterien halten. (C)

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Weg, den wir einschlagen sollten. Sollte es eine erkennbare Initiative des Bundes geben, solche Regeln aufzustellen, dann können Sie, wenn die Initiative in Ordnung ist, mit unserer Unterstützung rechnen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Gerda Hasselfeldt:**

Nächster Redner ist der Kollege Olav Gutting für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Olav Gutting (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Steuerverwaltungshoheit wird in Bezug auf die Gemeinschaftssteuern im Auftrag des Bundes von den Länderfinanzbehörden wahrgenommen. Der Ankauf der Steuerdaten ist somit ebenso wie die Strafverfolgung von Steuersündern eigentlich Sache der Länder, und damit könnten wir die Diskussion heute beenden.

Aber es wäre schwerlich nachzuvollziehen, wenn angebotene Daten in einem Bundesland zur Strafverfolgung führten, in anderen Ländern aber nicht.

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben! Sie sagen es!)

Deshalb muss der Bund mit dem Bundeszentralamt im Rahmen der Möglichkeiten darauf hinwirken, dass es hier zu einem einheitlichen Vorgehen kommt. (D)

(Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen wir doch!)

Das ist zweckmäßig, es ist aus Gerechtigkeitsgründen geboten, und deswegen wird es auch so gemacht.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Deswegen ist die Aktuelle Stunde heute schlicht unnötig; das ist Kasperletheater der Opposition.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Wolfgang Wieland [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Ministerpräsident tut so, als ob wir eine eigene Rechtsordnung im Schwabenland hätten!)

Im Prinzip gibt es zwei grundsätzliche Fragen zu klären, zum einen die ethisch-moralische Frage und zum anderen die rechtliche Frage. Ethisch-moralisch halte ich den Ankauf der angebotenen Steuerdaten und die Vermittlung dieser Daten an verwertungswillige Landesbehörden für richtig. Eine effiziente Strafverfolgung von Steuersündern ist im Interesse des Staates und damit der Allgemeinheit. Dieser Anspruch ist jedenfalls höher zu bewerten als ein zweifelhaftes Interesse von einzelnen Steuersündern am Datenschutz.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)